



Schluss mit den Benachteiligungen bei der Rente!

Lebensleistung der Ostdeutschen anerkennen.

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Renten steigen in diesem Jahr im Osten um etwa sechs Prozent. Davon gehen Steuern und Abgaben ab. Gleichzeitig explodieren die Preise für Lebensmittel und Energie. Die Rentenerhöhung ist nicht mal ein Inflationsausgleich. Am Ende wird es wieder eine reale Minusrunde geben. Olaf Scholz



versprach im Wahlkampf stabile Renten. Aktuell gilt: Die Renten sind stabil zu niedrig, besonders im Osten!

Rentenpolitik hat für uns als Fraktion DIE LINKE. im Bundestag oberste Priorität. Die Ostrenten sind kein Thema der Vergangenheit. Im Gegenteil, sie sind Zukunftsthema. Denn auf Ostdeutschland rollt eine Altersarmutswelle zu. Jeder zweiten Arbeitnehmerin und jedem zweiten Arbeitnehmer droht beim aktuellen Rentenniveau – selbst nach 45 Jahren durchgehender Arbeit in Vollzeit – eine Rente von unter 1200 Euro. Drei wesentliche Gründe: Die Löhne sind in Ostdeutschland noch immer deutlich niedriger als im Westen, das Rentenniveau ist insgesamt zu gering und ostdeutsche Rentnerinnen und Rentner werden weiterhin benachteiligt.

In dieser Broschüre setzen wir den Schwerpunkt auf die Ungerechtigkeiten in der Rente, die auch 32 Jahre nach der Deutschen Einheit fortbestehen. Wer den Begriff

DDR-Rentenüberleitung hört, denkt zumeist an die ältere Generation. Viele Menschen im mittleren Alter wissen nicht, dass das Rentenüberleitungsgesetz von Anfang der 1990er Jahre auch Einfluss auf ihre Altersbezüge haben wird. Wer zum Mauerfall beispielsweise 30 Jahre alt war, muss auch dann noch mit Benachteiligungen rechnen, wenn er selbst 2027 in Rente gehen wird.

Viele Ostdeutsche sehen ihren Rentenbescheid und fragen sich, wo ihre DDR-Rentenansprüche geblieben sind. In der Tat war die Überleitung der Alterssicherungssysteme in das bundesdeutsche Recht mit dem Rentenüberleitungsgesetz (RÜG) einschließlich des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes (AAÜG) eine komplexe Aufgabe. Alle Rentenansprüche und Anwartschaften aus der DDR wurden in die Gesetzliche Rentenversicherung überführt und werden seitdem nach den Regelungen im Sechsten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VI) berechnet.

Das SGB VI ist nicht passfähig für die Vielfalt der DDR-Alterssicherungssysteme gewesen. Deshalb kam es zu Lücken oder Streichungen, und so entstanden Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen. Daher sind viele Ostdeutsche gegenüber ihren westdeutschen Berufskolleginnen und -kollegen schlechter gestellt. Betroffen sind nicht nur, wie oft behauptet, die als staatsnah eingestuftten Personen, sondern ganz viele Berufsgruppen. Besonders Frauen haben darunter zu leiden, wenn sie beispielsweise im Gesundheitswesen gearbeitet haben oder Balletttänzerinnen waren. Nicht selten leben in der DDR geschiedene Frauen heute in Altersarmut.

Diese Ungerechtigkeiten müssen abgeschafft werden. Politikerinnen und Politiker anderer Parteien interessieren sich entweder nicht für dieses Thema oder spielen auf Zeit. Im Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung wird der geplante Härtefallfonds der Vorgängerregierung erwähnt. Es tut sich aber kaum etwas.

Für DIE LINKE. im Bundestag ist klar: Ein solcher Härtefallfonds darf nicht so ausgestaltet sein, dass nur wenige Rentnerinnen und Rentner, die Grundsicherung beziehen, anspruchsberechtigt sind. Alle anderen dürfen nicht leer ausgehen. Es geht um

die Lebensleistung der Bürgerinnen und Bürger.

Alle Ansprüche aus DDR-Zeiten müssen berücksichtigt werden!

»Die Ampel muss die Lebensleistung der Ostdeutschen anerkennen.«

Dr. Dietmar Bartsch,

Vorsitzender Fraktion DIE LINKE. im Bundestag



Was viele vergessen: Die Fehler der Rentenüberleitung betreffen auch zukünftige Rentnerinnen und Rentner. Für sehr viele Menschen in Ostdeutschland wären ihre DDR-Ansprüche ein wichtiger Bestandteil ihrer Renten. Ein Bestandteil, mit dem sie fest gerechnet hatten und der ihnen nun verwehrt wird.

Hinzu kommt: Die frühere Bundesregierung hat zwar beschlossen, dass die Rentenwerte Ost und West bis 2025 angeglichen werden. Im Gegenzug soll jedoch der Umrechnungsfaktor, mit dem die strukturell niedrigeren Ostlöhne als Ausgleich für die Rente »hochgewertet« werden, vollständig wegfallen. Das ist dramatisch, denn

Ostdeutsche verdienen im Schnitt rund 20 Prozent weniger als ihre Kolleginnen und Kollegen im Westen. Der Umrechnungsfaktor glich bisher diese Lücke um etwa die Hälfte aus. Die Abschaffung dieser Umrechnung ist somit eine faktische Rentenkürzung für künftige Rentnerinnen und Rentner im Osten. Deshalb fordert DIE LINKE. im Bundestag die Beibehaltung des Umrechnungsfaktors, solange die Löhne zwischen Ost und West deutlich auseinanderklaffen.

Auch weiterhin werden wir uns als Fraktion DIE LINKE. im Bundestag für die Anerkennung Ihrer Lebensleistung einsetzen.



Sören Pellmann

Ostbeauftragter der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Ungerechtigkeiten von 1990 bis heute

Als die DDR-Altersversorgungen Anfang der 1990er Jahre in das bundesdeutsche Recht überführt wurden, kam es zu drei schwerwiegenden Fehlentscheidungen und Unterlassungen:

Erstens wurde nicht anerkannt, dass die Alterssicherungssysteme der DDR ähnlich differenziert waren wie in der Bundesrepublik. Für unterschiedliche Berufsgruppen galten auch hier unterschiedliche Regelungen.

Zweitens wurde das Rentenrecht ideologisch missbraucht. Zunächst wurden sogar pauschal alle Personen mit besonderer Altersversorgung als staatsnah verunglimpft.

Drittens blieben Besonderheiten im Rentenrecht der DDR völlig unberücksichtigt, die etwa einen Ausgleich für besonders harte Arbeitsbedingungen schafften.

Diese Ungerechtigkeiten betreffen nicht nur diejenigen Rentnerinnen und Rentner, die Anfang der 1990er Jahre in den Ruhestand gingen. Noch heute wirken sich diese Regelungen für alle Ostdeutschen verheerend aus, die in den Ruhestand gehen oder von Arbeitsagenturen oder Jobcentern so früh wie möglich in die Rente geschickt werden. Denn im Zweiklang mit unregelmäßigen Erwerbsbiografien nach dem Mauerfall führen die minder bewerteten DDR-Rentenzeiten nahezu fast automatisch zu Altersarmut.

Unter den Menschen, die in 20 Jahren in Rente gehen werden, ist das Armutsrisiko im Osten doppelt so hoch



wie im Westen. Nicht nur die Phasen langer Arbeitslosigkeit bedeuten niedrige Rentenansprüche. Auch jahrelange Beschäftigung im Niedriglohnbereich und ein strukturell niedrigeres Lohnniveau in Ostdeutschland führen zu einem geringeren Haushaltseinkommen im Alter. Für vergleichbare Arbeit erhalten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr als 20 Prozent weniger Lohn oder Gehalt als in Westdeutschland.

**Mindestens
40 Jahre
gearbeitet,
trotzdem
weniger als
1200 Euro
Rente.**



Jeder Zweite
im Osten
betroffen,
über 1,1 Mio.

endlich
umsteuern:

**Faire Löhne.
Mehr Rente.**

Quelle: Anfrage 2022, DIE LINKE. im Bundestag

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG



Streichung von speziellen Rentenregelungen der DDR – vor allem Frauen sind betroffen

Rentenrechtliche Lücken ergaben sich vor allem, wenn es für DDR-typische Sachverhalte in der Bundesrepublik keine Entsprechung gab. Viele Ansprüche und Zusagen wurden einfach gestrichen.

Beispiel Beschäftigte des Gesundheits- und Sozialwesens

Ihnen war – auch als Ausgleich für ihre verhältnismäßig niedrigen Gehälter – ein besonderer Steigerungsbetrag bei der Rente zugesagt worden. Er wurde gestrichen.

Beispiel Geschiedene

Für sie existierte kein Versorgungsausgleich, aber ihre Familienleistungen minderten die zu erwartende Rente nicht, denn sie konnten sich in der DDR freiwillig mit einem kleinen Beitrag weiter versichern. Das wird bei der Rente nicht mehr anerkannt.

Beispiel Menschen, die Angehörige gepflegt haben

Die Zeiten der Pflege wurden als Versicherungsjahre gewertet. Heute gelten die Betroffenen (wiederum vor allem Frauen) für die Pflegezeiten als nicht rentenversichert.

Beispiel Balletttänzerinnen und -tänzer

Da man diesen Beruf zumeist nur in jungen Jahren ausüben kann, erhielten sie ab dem 35. Lebensjahr lebenslang eine berufsbezogene Zuwendung. Sie ist entfallen.



Beispiel Bergleute der Braunkohleveredlung

Sie haben unter extrem gesundheitsschädigenden Bedingungen gearbeitet, und deshalb sollten sie eine Altersversorgung wie Bergleute unter Tage erhalten. Diese Ansprüche werden ihnen vorenthalten.

Auch mitversicherte Familienangehörige von Land- und Forstwirten, Handwerkern und anderen Selbstständigen sowie Menschen, die sich über den zweiten Bildungsweg qualifiziert haben, bekommen weniger Geld.

DIE LINKE. im Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die Streichungen bei der Rentenüberleitung zu korrigieren. Ostdeutsche Altersarmut muss bekämpft werden!





Versorgungsunrecht und Missbrauch – unterschiedliche Berufsgruppen betroffen

Versorgungsunrecht entstand dadurch, dass mit dem Rentenüberleitungsgesetz (RÜG) und dem Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz (AAÜG) von 1991 die Ansprüche aus zusätzlichen Versorgungssystemen der DDR nicht überführt wurden.

Das betrifft die große Gruppe der wissenschaftlichen, technischen, pädagogischen, medizinischen und künstlerischen Intelligenz, also Akademikerinnen und Akademiker, Ingenieurinnen und Ingenieure, Lehrerinnen und Lehrer, Ärztinnen und Ärzte, Künstlerinnen und Künstler, außerdem Beschäftigte im Staats- und Sicherheitsapparat sowie in Parteien und Organisationen.

Ebenso entfielen Renten-Zusagen für bestimmte Berufsgruppen, so für die Beschäftigten der Deutschen Reichsbahn oder der Deutschen Post.

Ein besonderes Kapitel stellen diejenigen Ostdeutschen dar, die in den öffentlichen Dienst der Bundesrepublik übernommen wurden, zum Beispiel als Professor, Mitarbeiterin im Sozialamt, Zollbeamter oder Polizistin. Sie wurden erst verspätet verbeamtet, in die Versorgung des Bundes oder der Länder aufgenommen oder blieben wegen Alters ganz ausgeschlossen.

Außerdem wurde das Rentenrecht als Strafrecht missbraucht. Durch einen willkürlichen Eingriff in die Rentenformel wird das Einkommen unterhalb der Beitragsbe-



messungsgrenze gekappt und für die Rentenberechnung nicht anerkannt. Das betrifft Personen, die in höheren Funktionen tätig waren und alle Beschäftigten der Staatssicherheit.

DIE LINKE. im Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die Wertneutralität des Rentenrechts wiederherzustellen und die Versorgungen der unterschiedlichen Berufsgruppen über ein befristetes System zu gewähren.

DIE LINKE. im Bundestag fordert die Bundesregierung auf, den Vertrauensschutz wiederherzustellen!



Gesetz mit Fernwirkung

Auch bei Menschen, die durch Ausreise, Ausweisung oder Flucht die DDR verlassen haben, erfolgt (ab Geburtsjahrgang 1937) die Berechnung für die dort zurückgelegte Zeit inzwischen nach dem Rentenüberleitungsgesetz und nicht mehr – wie vorher – nach dem meist günstigeren Fremdrentengesetz.



Keine Rentenkürzung Ost!

DIE LINKE. im Bundestag setzt sich weiterhin für Rentengerechtigkeit ein. 2017 hat der Bundestag die Rentenangleichung bis zum Jahr 2025 beschlossen. Dafür soll der Rentenwert Ost auf das West-Niveau angehoben werden. Parallel dazu fällt allerdings die Umrechnung von Löhnen und Gehältern im Osten weg. Der sogenannte Umrechnungsfaktor wird bis 2025 komplett abgeschafft. Damit bleibt die Angleichung eine Mogelpackung. Ostdeutsche bekommen durchschnittlich rund 20 Prozent weniger Lohn und Gehalt als Westdeutsche – für vergleichbare Arbeit. Diese Lohnlücke hat der Umrechnungsfaktor zumindest etwa zur Hälfte ausgeglichen. Die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag setzt sich dafür ein, dass die Umrechnung bestehen bleibt, solange eine solche Lohnlücke zwischen Ost und West klafft.

Unter den Menschen, die in 20 Jahren in Rente gehen werden, wird das Armutsrisiko im Osten doppelt so hoch sein wie im Westen. Nicht nur die Lohnlücke, sondern auch die Phasen langer Arbeitslosigkeit bedeuten später niedrige Rentenansprüche. Ebenso führt jahrelange Beschäftigung im Niedriglohnbereich später zu weniger Haushaltseinkommen im Alter. Dies ist ein Problem in Ost und West, allerdings ist der Niedriglohnsektor im Osten deutlich größer. Hinzu kommt:

In Ostdeutschland sind weiterhin mehr Menschen ausschließlich auf die Leistungen der gesetzlichen Rente angewiesen als in Westdeutschland, wo Betriebsrenten, private Rentenversicherungen und selbstgenutzte Immobilien eine viel größere Rolle spielen.

DIE LINKE. im Bundestag fordert Rentengerechtigkeit!
32 Jahre nach der Deutschen Einheit müssen die Fehler der Rentenüberleitung endlich korrigiert werden.

Wir brauchen Anerkennung der Lebensleistung im Osten durch bessere Löhne und gerechte Renten! Es muss endlich gelten: Gleiche Löhne für gleiche und gleichwertige Arbeit und gleiche Rente für gleiche Lebensleistung!



Parlamentarische Anträge der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag (Auswahl)

Antrag »30 Jahre DDR-Rentenüberleitung – Ansprüche endlich anerkennen« Bundestagsdrucksache 19/28432

Antrag »Forderung der Vereinten Nationen zu den in der DDR geschiedenen Frauen sofort umsetzen« Bundestagsdrucksache 19/220

Antrag »Prämien in Ost und West rentenrechtlich gleichstellen« Bundestagsdrucksache 19/858

Antrag »Ostdeutsche Bundesländer von Aufwendung für DDR-Renten entlasten« Bundestagsdrucksache 19/4614

Antrag »DDR-Renten bewilligen – Ostdeutsche Lebensleistungen anerkennen« Bundestagsdrucksache 19/7981

Antrag »Spezifische Altersarmut Ost durch Korrektur der Rentenüberleitung beheben« Bundestagsdrucksache 18/1644

Antrag »Keine Anrechnung von NVA-Verletztenrente auf Grundsicherung im Alter« Bundestagsdrucksache 18/3170

Antrag »Ungerechtigkeiten bei der Mütterrente in Ostdeutschland und beim Übergangszuschlag beheben« Bundestagsdrucksache 18/4972

Antrag »Keine Kumpel zweiter Klasse – Rentenansprüche der Bergleute aus der DDR-Braunkohleveredlung wahren« Bundestagsdrucksache 18/7903

Antrag »Keine Altersarmut für Ost-Krankenschwestern – Gerechte Renten für Beschäftigte im DDR-Gesundheits- und Sozialwesen schaffen« Bundestagsdrucksache 18/861216

DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/22751170, Fax: 030/22756128
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
V.i.S.d.P.: Jan Korte

Fotos: Büro Pellmann, Bundesarchiv

Layout/Druck: Fraktionservice

Stand: Mai 2022

**Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken
verwendet werden!**

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen
Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de**

220404

20

www.linksfraktion.de